



Schmierige Schatztruhe

Ecuador würde gegen Finanzhilfen auf Ölbohrungen im Regenwald verzichten doch der deutsche Entwicklungsminister ist dagegen

Von Peter Burghardt

Buenos Aires – Ute Koczy war wieder begeistert von ihrem Besuch in Ecuador. Zum fünften Mal ist die entwicklungspolitische Sprecherin der Grünen kürzlich in den Nationalpark Yasuní an den Ausläufern des Amazonas gereist, und es gefällt ihr im Regenwald. „Phantastisch“, sagt sie. Die Bundestagsdelegation mit den Kollegen Lothar Bindung (SPD), Volkmar Klein (CDU) und Sabine Stüber (Linke) fuhr mit dem Boot hinein, und sie sahen die exotischsten Tiere: Totenkopffaffen wie bei Pippi Langstrumpf, Papageien, eine Boa Constrictor, Riesennatter, Krokodile, sogar einen seltenen Adler. „Wir sind alle vier der Meinung, dass man den Yasuní retten und schützen muss“, berichtet die Abgeordnete Koczy. Bloß der Entwicklungsminister Dirk Niebel von der FDP sieht die Sache anders.

Seit Jahren wird über das Projekt Yasuní diskutiert. 850 Millionen Fässer Öl lagern auf 982 000 Hektar in dem Dschungel im Westen Südamerikas, doch Ecuador würde als erstes Förderstaat der Welt den schmierigen Schatz ruhen lassen. Ersatzweise sollen Industrieländer die Hälfte des mutmaßlichen Ertrages von sieben Milliarden Dollar bezahlen, 3,5 Milliarden Dollar. Der Fall, so das Argument, betrifft ja alle. Denn das Schutzgebiet Yasuní gehört zu artenreichsten Regionen des Planeten und wird von der Unesco als Welt-Biosphären-Reservat geführt. Ureinwohnern, Tieren und Pflanzen bliebe Lebensraum erhalten. Millionen Tonnen CO₂ blieben der Luft erspart. Uno und Ökologen werben dafür, auch die rot-grüne Bundesregierung wollte mitmachen. Doch das aktuelle Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) rückte 2010 von den Plänen ab und erneuerte gerade seine Absage. Niebel sagt: „Ich zahle nicht für Unterlassen.“

Der deutsche Ressortchef für internationale Kooperation kritisierte auch Italien, das seinen Beitrag an Ecuador mit einem Schuldenerlass vorantreiben will. Die Italiener wollen dem Land am Äquator die Rückzahlung von 35 Millionen Schulden ersparen. „Die europäische Solidarität würde es erwarten lassen, dass Italien erst mal die eigenen Finanzen in den Griff bekommt“, wettete Niebel im

Spiegel. „Soll Berlusconi das Geld doch aus seinem Privatvermögen bezahlen.“ Die Grüne Koczy findet das „hochnotpeinlich und kleinkariert, auch Deutschland ist überschuldet“. Sie lässt auch die Sorge Niebels nicht gelten, dass eine Beteiligung an Yasuní „einen Präzedenzfall mit unabsehbaren Weiterungen“ schaffe, denn Yasuní sei einzigartig.

Die Zahlungsbereitschaft indes lässt in Zeiten der Finanzkrise auch anderswo nach. Spanien hat mehr als eine Million Dollar überwiesen, andere Länder spenden ein paar Hunderttausend Dollar. Prominente wie Leonardo di Caprio und Prinz Charles wollen helfen, doch die meisten Beiträge fallen bislang symbolisch aus. Erst 54 Millionen Dollar sollen

von staatlichen und vor allem privaten Investoren in den Treuhandfonds geflossen sein. Das hat auch damit zu tun, dass Skeptiker Ecuador misstrauen.

Für Unmut sorgt besonders der Umgang von Ecuadors linkem Präsidenten Rafael Correa mit konservativen Medien. Die Zeitung *El Universo* soll wegen Verleumdung Correas 40 Millionen Dol-

lar Strafe bezahlen. Es ging das Gerücht um, dass das Bußgeld im Treuhandfonds für Yasuní landen könnte. 100 Millionen Dollar wollte Correa bis zum Jahresende erreicht haben, aber die Reisegruppe aus dem Bundestag hatte bei einem Gespräch mit dem Staatschef in Quito den Eindruck, dass Correa beim Thema Fonds flexibel ist.

Zu Wochenbeginn kam Correas Außenminister Ricardo Patiño nach Berlin und warb selbstbewusst für die Idee seiner Heimat. „Ecuador bittet die Welt nicht um Solidarität, wir laufen nicht mit dem Hut herum und betteln um Almosen“, erläuterte er. „Wir bieten der Welt eine Gelegenheit, die Artenvielfalt und die Umwelt zu schützen.“ Was passieren kann, wenn Bohrtürme in Schwung gesetzt werden, das lässt sich nicht weit von Yasuní studieren. Dort holte der US-Konzern Texaco Öl aus dem Busch, machte Milliarden und hinterließ verseuchte Landschaften und kranke Bewohner. Ein Gericht in Ecuador verurteilte Texacos Rechtsnachfolger Chevron nach einer Klage der Opfer zu einer Strafe von neun Milliarden Dollar, das Unternehmen versucht mit allen Tricks auszuweichen.

Ute Koczy war vor Jahren am Tatort und hat das Texaco-Desaster bei Lago Agrio besichtigt. Die Parlamentarier erlebten nun auch, dass am Rande von Yasuní bereits gebohrt und Gas abgepackelt wird. „Das Öl in Yasuní muss im Boden bleiben“, sagt Koczy, der Vorschlag sei Engagement wert. Notfalls müsse man andere Wege suchen, „ohne Niebel“.

